

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/97

22. Mai 1974

Es ist Werktag in Bonn

Zur Perspektive der Regierungserklärung

Von Heinz Rapp MdB

Seite 1 und 2 / 47 Zeilen

Die Opposition verfehlt ihren Auftrag

Statt aufbauender Kritik nur noch schäbige Unterstellungen

Seite 3 / 42 Zeilen

Auch Parlamentarier brauchen Geld

Neutrale Experten könnten Vorschläge unterbreiten

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellv. Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 / 44 Zeilen

Erleichterte Hochschulzulassung für Spitzensportler

Ein unterstützenswerter Vorschlag der Sportkonferenz

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Fachausschusses Sport an Schule und Hochschule in der Deutschen Sportkonferenz

Seite 5 / 43 Zeilen

Ein Instrument für die Einheit Europas

Den Europarat aus dem "Dornröschenschlaf" holen!

Von Georg Kahn-Ackermann MdB

Generalsekretär des Europarates

Seite 6 und 7 / 96 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenheim I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Kahn & Str. 15 - 119 Telefon: 370511

Es ist Werktag in Bonn

Zur Perspektive der Regierungserklärung

Von Heinz Rapp MdB

Der ehemalige CDU-Vorsitzende Dr. Rainer Barzel hat in seiner Rede zur Regierungserklärung das bedenkenswerte Wort von der "geistigen Führung" gesprochen - für sich bedenkenswert und aus dem Munde eines Oppositions-sprechers insofern auch bemerkenswert, als einige nachdenkliche Köpfe aus der CDU/CSU nach der verlorenen Bundestagswahl selbstkritisch und richtig zu sagen wußten, daß die Union die geistige Führung im Lande verloren habe.

Nun war in der Regierungserklärung vom Grundgesetz die Rede. Darauf wurde aber nicht etwa nur Bezug genommen, vielmehr wurden die Grundwerte, Grundrechte und Grundpflichten, die die Verfassung statuiert, durch alle Politiken durchdekliniert. Anders ausgedrückt: Die Regierungserklärung hat Konkretion geboten, wo Dr. Barzel offensichtlich Abstraktes erwartet hatte. Die Perspektive der Regierungserklärung - "geistige Perspektive" ist sozial-liberaler Denkart gemäß als "geistige Führung" - ist die Erfüllung, die Ausfüllung des Rahmens des demokratischen und sozialen Rechtsstaates; vor drei Monaten hatte im Bundestag dazu eine Verfassungsdebatte stattgefunden, in der dies deutlich geworden ist. Es ist nichts dagegen zu sagen, daß das Werte-Gefüge dieser unserer Ordnung gelegentlich sozusagen eine Etage oberhalb der praktischen Politik angesprochen wird - nur: Muß das eigentlich immer so sein, ist es um die Grundwerte und die Grundordnung nur dann gut bestellt, wenn sie dauernd im Gerede sind, wenn man sie als Obersatz jeder politischen Handlungsanweisung voranstellt und alles und jedes aus Obersätzen deduziert? Oder ist es um die Grundwerte und die Grundordnung nicht dann zum Besseren bestellt, wenn sie als das Selbstverständliche nicht

jeweils eigens herbeibeschworen werden müssen ?

Aber vielleicht hat es Dr. Barzel irritiert, vielleicht ist das alles bei ihm deshalb nicht angekommen, weil in der Regierungserklärung versucht wurde, dies, die Konkretion der Grundwerte, ohne Pathos und mit dem Charme der Nüchternheit auszusagen. Daran wird sich Dr. Barzel bei dieser Regierung gewöhnen müssen, wozu er übrigens einige Chancen hat, denn auch sein Öl ist nicht mehr, was es war, es ist sogar besser geworden, es seift und salbt nicht mehr so. Nochmals: Was Dr. Barzel die "geistige Führung" genannt hat und Sozialdemokraten lieber als Perspektive bezeichnen würden, ist in der Regierungserklärung als ein Appell an die Bürgerinnen und Bürger enthalten, mit uns zusammen in allen Bereichen der Politik den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu sichern und auszubauen.

"Unser demokratischer Staat ist Sache aller. Er lebt vom Engagement des Bürgers, der verantwortlich mitdenkt, mitbestimmt und mitentscheidet" - dieser Satz aus der Regierungserklärung zielt mit auf die Bedeutung der geistigen und sittlichen Wertvorstellungen, die in unserem Volk lebendig sind und ohne die die Gesetze und Regelungen des Staates oft ihre volle Wirkung nicht würden erzielen können. Auf diesem Fundament beruht das Grundgesetz, darüber nachzudenken mag im Jahr des Gedenkens an Immanuel Kant wohl angebracht sein. Die Regierungserklärung hat konkretes Engagement der Bürger herausgefordert, nicht Ergriffenheit aus Anlaß eines Wortes zum Sonntag. Sie hat dies freilich ein bißchen zu schmucklos getan, zu alltäglich und zu werktäglich, als daß es von allen hätte aufgenommen werden können. Aber es ist Werktag. (-/22.5.1974/ks/pr)

+ + +

Die Opposition verfehlt ihren Auftrag

Statt aufbauender Kritik nur noch schäbige Unterstellungen

Die als unmittelbare Folge der Intervention des SPD-Fraktionsvorsitzen- den Herbert Wehner von Ostberlin angedeutete Möglichkeit, daß die unsoziale, ungerechte und dem Geist der Verträge widersprechende Verdoppelung des Zwangs- umtauschbetrages für Ostberlin- und DDR-Besucher aus der Bundesrepublik und West-Berlin in erkennbarem Zeitabstand wieder korrigiert würde, ist von der Opposition mit Unterstellungen begleitet worden, für die die Bewertung "mie- ser Stil" nicht mehr ausreicht. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU- Fraktion, Dr. Werner Marx, hat es für zulässig gehalten, diese Normalisie- rungsentwicklung, die direkte Auswirkung auf die Verbesserung der mensch- lichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten haben muß, als Maß- nahme der DDR bezeichnen zu dürfen, die auf den Urnenschlitz für die nieder- sächsischen Landtagswahlen gezielt sei.

Natürlich bedingt diese von Ostberlin angedeutete Korrektur nicht einen buchstäblichen "weiteren" Fortschritt auf dem Wege zu der jetzt auch von SED-Chef Erich Honecker erneut betont angesprochenen Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Zunächst einmal stellt die Korrektur, also das Abgehen von der Verdoppelung des Zwangsumtauschbe- trags, eine Zurückführung in einen früheren besseren Stand dar. Man muß aber wirklich nur noch mit Reddemann-Scheuklappen leben können, wenn man die in einer solchen Maßnahme liegenden und handgreiflichen Positiva nicht zustimmend heraus- stellen kann, ohne sofort und ohne weiteres Nachdenken in der parteiagitatori- schen Verkrustung hängen zu bleiben, die in jedem, tatsächlich jedem Anlaß nur noch die Chance für einen Angriff gegen die Bundesregierung und gegen die SPD sieht.

Wenn, was zu hoffen und zu erwarten ist, das Ostberliner Signal diese Korrektur der Verdoppelung des Zwangsumtauschbetrages für eine recht ab- sehbare Zeit vorangekündigt hat, dann wird man wissen und sagen müssen, daß die Opposition jedenfalls zu dieser Entwicklung nichts beigetragen hat. CDU und CSU haben vergessen, daß die Funktion der Opposition in dieser Demokra- tie nicht durch bloßes Mäkeln, Herabzerrn und Unterstellen erfüllt werden kann. CDU und CSU verfehlen ihren staatspolitischen Auftrag, der sie zu auf- bauender Kritik verpflichtet, in unverantwortlicher Weise. Und ihre Agitation ist zudem noch schäbig und dumm. (ee/22.5.1974/ks/ee)

+ + +

Auch Parlamentarier brauchen Geld

Neutrale Experten könnten Vorschläge unterbreiten

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellv. Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Zwar ist die Frage, ob Abgeordneten Diäten und Entschädigungen gezahlt werden, nicht mehr im Streit. Wie die Regelung jeweils und im einzelnen erfolgt, erhitzt regelmäßig die Gemüter. Daß die Diskussion in einem zwischen "sich-entschuldigen" und "heimlich-zugreifen" schwankenden Rahmen verläuft, geht auch auf das Konto der Parlamentarier selbst. Zu oft und zu lange sind Diäten- und Entschädigungsfragen wie Geheimoperationen behandelt worden. Es dient der öffentlichen Diskussion nicht, wenn Parlamentarier kritischem Interesse an ihren Diäten, vorgebrachten Einwendungen und Bedenken generell abweisend begegnen, sie mit Unkenntnis, Neidgefühl oder Böswilligkeit abtun. Verständnis der Wähler für die Notwendigkeit angemessener Abgeordnetenbezüge, läßt sich nur dann erreichen, wenn die Fragen in aller Offenheit und Breite offensiv abgehandelt werden.

Die Parlamentarier sehen sich permanent dem Vorwurf ausgesetzt, daß sich in eigener Sache leicht über Steuermittel entscheiden ließe. Eine solche "Selbstbedienungsektion" wird nahezu als unmoralisch bezeichnet. Nach Verfassung und geltendem Recht liegt die Entscheidung beim Parlament, besteht also der Zwang zur Entscheidung in eigener Sache.

Mit der Koppelung der Diätenanhebungen an die Beamtengehälter hat der Bundestag versucht, auf diesem Felde dem "Selbstbewilligungsverfahren von Fall zu Fall" zu entgehen. Damit sind aber keineswegs alle Probleme erledigt. Es bleiben die Aufwandsentschädigungen, die Pensionsregelungen, die Ruhestandsbezüge-zuvor im öffentlichen Dienst Beschäftigter und die in der Diskussion befindliche Besteuerung der Abgeordneteneinkünfte.

Mag sie auch den Beigeschmack von Angst vor der eigenen Verantwortung haben: Die Überlegung, neutrale Expertengremien zur gutachtlichen Stellungnahme über Einkünfte und Arbeitsbedingungen heranzuziehen, ist sinnvoll. Die öffentliche Diskussion könnte gewiß sachlicher geführt werden, wenn die Entscheidungen des Parlaments auf Empfehlungen unbefangener, weil selbst nicht betroffener Ratgeber basieren.

Sicher würden die Empfehlungen der Gutachterkommission die letztlich notwendigen Parlamentsbeschlüsse erheblich beeinflussen, denn Abweichungen müßten überzeugend begründet werden. Dennoch bliebe das Beschlußrecht des Parlaments erhalten. Lediglich die leidige Frage, ob und wann Anpassungen und Veränderungen zur Debatte gestellt werden, würde dem Parlament abgenommen. Die Berufung einer derartigen Kommission würde mehr Vorzüge als Nachteile haben.

(-/22.5.1974/ks/pr)

+ + +

Erleichterte Hochschulzulassung für Spitzensportler

Ein unterstützenswerter Vorschlag der Sportkonferenz

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Fachausschusses Sport
an Schule und Hochschule in der Deutschen Sportkonferenz

Die oft erhobene Forderung, Spitzensportlern die Zulassung zum Hochschulstudium wesentlich zu erleichtern, soll durch eine Empfehlung der Deutschen Sportkonferenz (DSK) der notwendigen Lösung zugeführt werden. Der DSK-Fachausschuß Sport an Schule und Hochschule legte ein ausgewogenes Konzept vor, das den sportlichen Erfordernissen und den gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten entspricht. Sportler und Politiker diskutieren diese Frage ohne Emotionen und haben eine zufriedenstellende Lösung empfohlen: Spitzensportler sollen künftig unter bestimmten Bedingungen im Einzelfall bei der Entscheidung zur Zulassung zum Studium als Härtefälle anerkannt werden.

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, im vorliegenden Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes die vorgesehenen Möglichkeiten zu realisieren, daß die Bundesländer die Zulassung zum Studium auch für sog. Härtefälle durch Rechtsverordnung regeln können. Von den Landtagen und Landesregierungen wird erwartet, daß sie danach entsprechende Rechtsnormen erlassen werden. Der Deutsche Sportbund wird aufgefordert, Kriterien für eine die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen beratende Gutachterkommission zu erarbeiten und sie alsbald der Ständigen Konferenz der Kultusminister vorzulegen.

Diese Empfehlung berücksichtigt die zwingenden grundgesetzlichen Bestimmungen und würdigt die vorliegenden Gerichtsurteile mit dem Ziel, über die anzuwendende Härteklausele im Einzelfall eine Zulassung von Spitzensportlern zum Studium zu erreichen. In die Begründung für die Entscheidung müssen die Qualifikation und vorherige Wartezeit sowie zusätzliche sportliche Gegebenheiten einbezogen werden. Politiker und Sportler sind sich einig darüber, daß eine grundsätzliche, allgemein begünstigende Sonderregelung für Spitzensportler nicht gewünscht ist und nicht erwartet werden kann. Die Anerkennung eines Spitzensportlers als sog. Härtefall soll bei Würdigung aller nachprüfbaren Umstände getroffen werden.

Erkennbar schwierig wird die Anwendung dieser Empfehlung im Einzelfall werden, um gesichert nachprüfbar festzustellen, in welchem Maße die gesellschaftspolitisch anzuerkennenden sportlichen Leistungen des Spitzensportlers beeinträchtigend auf die Abiturnote gewirkt haben. Hilfreich für die von der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze zu treffende Entscheidung könnte die beratende Empfehlung des Gutachterausschusses sein, dem Vertreter des Sports, der Hochschulen und der Fachministerien der Bundesländer angehören könnten. Jedes Gutachten soll den Einzelfall besonders prüfen und die Entscheidung bei Würdigung aller Besonderheiten treffen.

Zu hoffen ist, daß dieser differenzierte, mit dem geltenden Recht übereinstimmende Vorschlag alsbald von den Parlamenten und Regierungen sowie vom Deutschen Sportbund realisiert wird, damit Spitzensportler nicht durch ihre sportlichen Bemühungen für sie wesentliche Nachteile bei der Zulassung zum Hochschulstudium erfahren.

(-/22.5.1974/bqy/pr)

+ + +

Ein Instrument für die Einheit Europas

Den Europarat aus dem "Dornröschenschlaf" holen!

Von Georg Kahn-Ackermann MdB
Generalsekretär des Europarates

"Dornröschen in Straßburg" lautete der Titel einer Fernsehsendung über das Europäische Parlament, die kürzlich über die deutschen Bildschirme ausgestrahlt wurde. Von der nicht nur die neun EG-Staaten, sondern alle siebzehn Mitgliedsstaaten repräsentierenden Beratenden Versammlung des Europarates war dabei nur sekundenlang die Rede, typisch für die augenblickliche Bewertung dieses für die europäische Zukunft sehr wahrscheinlich viel bedeutsameren Gremiums, dessen überdenkenswertes fünfundzwanzigjähriges Jubiläum im Trubel einer Präsidentenwahl in Frankreich, eines Kanzlerwechsels in der Bundesrepublik, des Scheidungsreferendums in Italien und eines Regierungsrücktritts in Island unterging. "Dornröschen in Straßburg" hätte daher auch sehr wahrscheinlich der Titel einer Fernsehsendung über den Europarat lauten können, für den typisch ist, daß 99 vH. unserer Mitbürger nicht in der Lage sind, ihn vom Europäischen Parlament zu unterscheiden.

Wenn man mich fragt, was der am 16. September 1974 seinen Dienst an-tretende neue Generalsekretär des Europarats sich vorgenommen hat, so lautet die erste Antwort: die Aufgabe der ältesten, wichtigsten und umfassendsten Institution Europas erneut transparent und für ganz Europa politisch attraktiv zu machen.

In vieler Hinsicht ist der Europarat zu einer Einrichtung wie die Post geworden. Man hat sich daran gewöhnt, daß sie sechsmal die Woche kommt und hält alles für selbstverständlich, bis sie drei Tage ausbleibt oder die für ihre Einrichtung zu entrichtenden Gebühren saftig erhöht werden. Letzteres freilich wird im Europarat durch das einvernehmliche Konzert der 17 Finanzminister in einer Weise verhindert, welche die politische Aufgabenstellung, die 17 Außenminister dem Europarat zumessen, Lügen straft. Der neue Generalsekretär wird sich daher bemühen, gleichzeitig mit dem Versuch einer in seiner Siebzehn-Nationen-Institution größtmöglichen Rationalisierung die künftige Budgetgestaltung des Europarates mehr an politischen als an den bisher üblichen rein kameralistischen Faktoren zu orientieren.

Angesichts der bedrohlichen Lage in der EG muß die im Statut festgelegte Aufgabe des Europarates, mehr Einigkeit in Europa zu bewirken, die politische Priorität Nummer eins erhalten. Das liegt nicht nur im Interesse der Neun, es liegt ebenso sehr im Interesse der Siebzehn. In dieser Hinsicht kann ich nur wiederholen, was ich vor meiner Wahl zum Generalsekretär deutlich gemacht habe: Es wäre verhängnisvoll, wenn die Neun eines Tages ihre europäische Union ohne gewissenhafte Konsultation mit den acht Nicht-EG-Mitgliedern beschließen würden, und es wäre verhängnisvoll, wenn ein abschließendes Arrangement zwischen den USA und der EG vereinbart würde, ohne daß die Interessen der übrigen acht Europaratsstaaten in diesem Zusammenhang sehr ausführlich und sorgfältig geprüft worden wären. Probleme der europäischen Peripherie sind in der öffentlichen Meinung unseres Landes, aber auch in den außenpolitischen Konzepten der politischen Parteien der Bundesrepublik unterbewertet worden. Die Frage der Bedeutung der US-Verteidigungsgarantie für Island, eines kleinen Landes ohne Armee und Flotte, hat die Leser von Boulevardschlagzeilen im isländischen Heringekrieg nicht eine Sekunde beschäftigt - wohl aber die 137 Parlamentarier des Europarates, de-

ren spezifische Verantwortung in derartigen Fragen in den letzten Jahren der Öffentlichkeit nicht ausreichend bewußt gemacht worden ist.

Der künftige Generalsekretär wird daher nicht nur alles in seiner Zuständigkeit Liegende tun müssen, um die Brückenfunktion des Europarates zwischen den neun EG-Ländern und den acht übrigen Mitgliedern des Europarates zu aktualisieren und den Bürgern des demokratischen Europas insgesamt erneut nachhaltig in ihrer wirklichen politischen Bedeutung näher zu bringen. Er wird darüber hinaus mit allen Kräften dazu beitragen müssen, daß die Arbeit der Beratenden Versammlung besser und breiter gewürdigt wird, als dies im letzten Jahrzehnt der Fall war. Damit sei nur eines von mehreren Beispielen angeführt.

Weit mehr als das europäische Parlament, das dringend anstehende Wirtschafts-, Handels- und Währungsfragen beurteilen muß, ist der Europarat in der Lage, mittel- und langfristige Bedürfnisse der europäischen Bürger zu diskutieren, die oft in krassem Gegensatz zu den notwendigen realpolitischen Entscheidungen des Europäischen Parlaments stehen. Die Möglichkeiten des Europarates, in Fachministerkonferenzen oder in Kolloquien mit Ministern, Parlamentariern, Experten und einfachen Bürgern den Dingen auf den Grund zu gehen, sind ungleich größer als in Brüssel und sollten voll ausgeschöpft werden. Soweit ein Generalsekretär Kraft und Zeit findet, die politischen Führer der Beratenden Versammlung zu einer Konzentration ihrer Arbeit auf vorrangige Aufgaben im größeren Europa festzulegen, muß er das im Hinblick auf die in den nächsten Jahren zu erwartende Situation tun. Nach außen herrscht zwischen Brüssel und Straßburg gute Kooperation. In Wirklichkeit besteht zwischen beiden Institutionen, und das erstreckt sich auch auf ihre parlamentarischen Versammlungen, eine nur laue Zusammenarbeit, von der man nur hoffen kann, daß die jüngst stattgefundenen Gespräche und Vereinbarungen der Präsidenten der Versammlungen eine neue Ära parlamentarischer Solidarität einleiten.

Was die Administration in Brüssel und Straßburg anbelangt, so geht es weniger um eine gar nicht mögliche detaillierte Arbeitsteilung als um eine an dem Ziel der von allen gewünschten europäischen Union orientierten Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit ist ohne die nachhaltige Unterstützung des Generalsekretärs in Straßburg durch die neun Mitgliederegierungen des Europarates, die der EG angehören, nicht möglich. Da der Generalsekretär in seiner Arbeit ausschließlich dem Ministerkomitee der Siebzehn und nicht der Beratenden Versammlung verantwortlich ist, der er sich so sehr verbunden fühlen muß, ist die Grundlage jeder fühlbar fruchtbaren Arbeit in Straßburg ein durch und durch vertrauensvolles Verhältnis zu den Regierungen der 17 Mitgliedsstaaten und ihren unmittelbar Beauftragten.

Der künftige Generalsekretär gibt sich nicht der Illusion hin, daß dieses Vertrauensverhältnis auf die Dauer durch etwas anderes gesichert werden kann, als durch die Überzeugung jeder einzelnen der 17 Mitgliedsregierungen, daß jeder Franken, den sie für den Europarat ausgeben, in beispielhafter Weise dem Interesse der Europapolitik der Siebzehn dient, ob sie nun ihre Erwartungen in Europa in Gruppen oder als Ganzes erfüllt sehen. Und außerdem durch die Überzeugung, daß sie den Europarat als eine respektierte und geachtete Gemeinschaftsinstitution für die Verwirklichung der europäischen Union, in welcher Form auch immer, und für ihre internationale Politik des Ausgleichs und der Friedenssicherung erfolgreich einsetzen können.

(-/22.5.1974/bgj/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller